

Siemens: Jobs erhalten!

Betriebsratsvorsitzender des Erfurter Werks im Thüringer Landtag angehört

Am 15. Februar 2018 war der Betriebsratsvorsitzende des *Siemens-Generatorenwerks Erfurt*, Mario in der Au, auf Einladung der rot-rot-grünen Fraktionen zu Gast im Wirtschaftsausschuss des Thüringer Landtags. Er berichtete zum aktuellen Stand des von Verkauf oder Schließung bedrohten Werks und stellte Pläne der Beschäftigten zum Erhalt ihres Werkes vor.

Im Oktober 2017 war bekannt geworden, dass Siemens weltweit 6.900

Jobs streichen will, 3.300 in Deutschland. Gegen den Kahlschlag Pläne, der möglicherweise auch Erfurt treffen soll, protestieren Beschäftigte seit Monaten. DIE LINKE unterstützt die Forderungen nach Erhalt der Jobs, ebenso wie SPD, Grüne und CDU. Mario in der Au erklärte, dass die diskutierte Verlagerung der Produktion in die USA auch betriebswirtschaftlich keinen Sinn ergibt, weil Erfurt das leistungsfähigere und effizientere Werk sei. Mit der Fertigung von Bestandtei-

len für Windenergie sei das Werk zudem gut aufgestellt für den Trend zu erneuerbaren Energien.

In der Au bedankte sich im Namen der Belegschaft bei der Politik für die Begleitung und rege Unterstützung ihres Arbeitskampfes. Dieter Hausold, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, dankte dem Betriebsratsvorsitzenden für das Engagement und kündigte weitere Unterstützung an:

»Ich freue mich, dass wir auch im Rahmen des Wirtschaftsausschusses den Dialog mit dem Betriebsrat des *Siemens-Generatorenwerks* fortsetzen. Für mich bleibt es dabei: Milliardengewinne und Massenentlassungen müssen sich ausschließen. Die Beschäftigten in Erfurt und den anderen Standorten haben durch ihre Arbeit den Erfolg und die hohen Gewinne erst ermöglicht. Sie haben einen sicheren Arbeitsplatz im Siemens-Verbund verdient.« ■



foto: © linksfraktion

kurz & gut

»One Billion Rising«.

Unter dem Motto »Solidarität gegen die Ausbeutung von Frauen« tanzten am 14. Februar über 30 Frauen auf dem Erfurter Anger und taten es damit rund 60.000 Menschen in 178 weiteren Orten in Deutschland nach. Anlass dafür war »One Billion Rising« (»Eine Milliarde erheben sich«), ein weltweiter Aktionstag gegen Gewalt an Frauen. Erstmals fand dieser 2012 statt und greift eine UN-Statistik auf. Diese stellte fest, dass jede dritte Frau in ihrem Leben körperliche und sexuelle Gewalt erfährt, was mehr als einer Milliarde Frauen und Mädchen entspricht.

Die gemeinsame Tanzaktion wurde in Erfurt von Akteurinnen des Thüringer Frauennetzwerkes organisiert. Getanzt wurde »Break The Chain« (»Zerstöre die Ketten«), ein Lied welches für »One Billion Rising« geschrieben wurde und sinnbildlich für das Aufbegehren gegen Gewalt steht.

»Es ist nicht nur ein Tanz. Es ist ein Zeichen des Bewusstmachens eines Missstandes, welcher nach wie vor alltäglich ist. An Onlinekampagnen wie #metoo sehen wir, dass ein gemeinsamer Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen immer noch wichtig ist. »One billion Rising« ist dafür ein Moment der Solidarität und der Bestärkung.«, betont Karola Stange, Sprecherin für Gleichstellung der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses des Anliegens des Aktionstages. Sie nahm am Tanz teil.

Streiken lohnt!

Mehr Lohn, weniger Arbeit: Erfolg für die Beschäftigten der Metallindustrie

»Der Arbeitskampf hat sich gelohnt, klasse gemacht!«, freute sich Susanne Hennig-Wellsow, nachdem die Einigung zwischen der Industriegewerkschaft Metall und den Arbeitgebern in der jüngsten Tarifeinigung bekannt wurde. »Ich finde die Vereinbarung beispielgebend für andere Branchen – vor allem das flexible Absenken der Arbeitszeit im Sinne der Beschäftigten«, sagte die Vorsitzende der Thüringer Linksfraktion und der Landespartei DIE LINKE.

Die Beschäftigten erhalten laut Gewerkschaft nun einmalig 100 Euro zusätzlich, ab 1. April 2018 4,3 Prozent mehr Geld und ab 2019 ein tarifliches Zusatzgeld. Außerdem können Beschäftigte in Voll-

zeit ab 2019 ihre Arbeitszeit bis zu zwei Jahre auf bis zu 28 Stunden in der Woche reduzieren. Eltern, Pflegende und Schichtarbeiter können statt eines tariflichen Zusatzgeldes acht freie Tage wählen. Das Ergebnis sei »ein Paradigmenwechsel in der Frage der Arbeitszeitgestaltung«, sagte Jörg Köhlinger von der IG Metall Mitte. Der Einigung waren bundesweite Warnstreiks mit insgesamt Hunderttausenden Beschäftigten vorausgegangen – auch in Thüringen waren die Kolleginnen und Kollegen auf der Straße. DIE LINKE unterstützte die Forderungen der Beschäftigten ausdrücklich.

Debatte über Arbeitszeit

Auch Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Thüringer Linksfraktion, freute

sich: »Der Abschluss ist ein guter Kompromiss zwischen den Verhandlungspartnern. Damit ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung gelungen. Die prozentuale Tarifsteigerung muss auch im Kontext der langen Vertragslaufzeit von 27 Monaten betrachtet werden. Die Gewerkschaft hat die mögliche Inflationsrate der nächsten Jahre für die Beschäftigten kompensiert und mit dem Zusatzgeld ein deutliches Plus erstritten«, analysiert er. Kräuter wies zudem auf die Bedeutung der Vereinbarung zur »verkürzten Vollzeit« für die Beschäftigten hin: »Die IG Metall hat damit ein zukunftsfähiges Arbeitszeitmodell umgesetzt. Das ist ein wichtiges Signal, um eine grundsätzliche Debatte über neue Arbeitszeiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzuleiten.«

Gleiche Arbeit, gleiches Geld!

Immer wieder drängt DIE LINKE darauf, endlich die geringeren Löhne und schlechteren Arbeitsbedingungen in Ostdeutschland auf West-Niveau anzuheben. In der Tarifvereinbarung wurde nun zudem vereinbart, im ersten Halbjahr 2018 Gespräche zur Angleichung der Thüringer an die westlichen Tarifverträge und Arbeitsbedingungen aufzunehmen. Kräuter sagte dazu: »Warum 28 Jahre nach der Wende immer noch über unterschiedliche Arbeitsbedingungen und Löhne in Ost und West gesprochen wird, kann wohl niemand mehr vernünftig erklären. Ich bin der IG Metall in Thüringen daher dankbar, dass sie sich auch in Zukunft mit dem Arbeitgeberverband an einen Tisch setzen wird, um über die Angleichung der Arbeitsbedingungen zwischen Ost und West zu verhandeln.« ■



foto: © LINKSFRAKTION